

INHALT

VORWORT

15

EINFÜHRUNG

17

A. DIE EUROPÄISCHE PSEUDODEMOKRATIE

25

I. Tatort Europa	25
II. Das Wachstum des Monsters: Der rasch zunehmende Einfluss der Europäischen Union.	39
III. Europa ohne Volk: Demokratiedefizite in der EU.	42
1. Der Maßstab: Regieren rtes Volkes, <i>durch</i> das Volk und <i>für</i> das Volk.	42
2. Leere Versprechungen: Demokratie in Europa	44
3. Völkssouveränität durch demokratische Verfassungs- gebung?	45
4. Der Rat: Exekutiver Herrscher Europas.	47
a) Alle Macht dem Rate.	48
b) Verlust der Einheit: Die Vielzahl der Räte.	48
c) Die verborgene Macht: Auslagerung der Entscheidungen in Ausschüsse. +	50
d) Geheimniskrämerei: Auflösung der Verantwortung.	51
e) Undemokratische Stimmenverteilung	52
f) Europäische Legitimation? Fehlanzeige.	54
g) Nationale Legitimation? Ebenfalls Fehlanzeige.	55
h) Die politische Klasse — ohne Kontrolle.	57
i) Nur beschränkt handlungsfähig.	57

j)	Unterminierung der europäischen Handlungsfähigkeit Deutschlands	58
k)	Gewaltenteilung? Ein Fremdwort in der EU	61
5.	Scheinlösung durch Stärkung des Europäischen Parlaments?	61
a)	Sind Deutschlands Wähler weniger wert?	62
b)	Wo bleibt die Unmittelbarkeit der Wahl?	64
c)	Auf der Suche nach einer europäischen Identität	65
6.	Zurück zum Heiligen Römischen Reich?	70
7.	Die Ohnmacht der Mitgliedstaaten	70
8.	Was tun?	73
a)	Verbleibende Optionen	73
b)	Unabhängige Organe der EU	74
aa)	<i>Kommission</i>	74
bb)	<i>Gerichtshof</i>	75
cc)	<i>Rechnungshof</i>	76
dd)	<i>Zentralbank</i>	76
c)	Verstärkte Flucht in unabhängige Gremien?	77
d)	Subsidiarität	80
e)	Demokratisierung der EU bei der Verfassungsgebung	82
f)	Demokratisierung durch Direktwahl der Exekutivspitzen und EU-weiten Volksentscheid	88
na)	<i>Direktwahl des Kommissionspräsidenten</i>	89
bb)	<i>Direktwahl des Rats</i>	90
cc)	<i>Volksentscheide</i>	90
g)	Demokratisierung durch Klagerecht des Citoyen	92
9.	Fazit	93
IV.	Die Zustimmung bröckelt: Niedergang der EU-Akzeptanz durch die Bürger	96
1.	Wahlbeteiligung auf historischem Tief	96
2.	Verschleierung mangelnder Akzeptanz durch geschönte Umfragen?	98
V.	Intransparenz pur: Das Brüsseler Labyrinth	103

VI.	Verführt <i>von</i> der EU: Politiker auf Abwegen	108
	1. Inszenierung der Außen- und Europapolitik	108
	2. Europa als Sündenbock	109
	3. Umgehung nationaler Kontrollen	110
VII.	Erosion des Rechtsstaates	112
	1. Allgemeines	112
	2. Der europäische Haftbefehl	115
	3. Die europäische Beweisanordnung	124
VIII.	Organisierter Unsinn: Die EU-Agrar- und Strukturpolitik	128
	1, Agrarpolitik: Bruch der eigenen Grundsätze	128
	2. Struktur- und Regionalpolitik: Spielball nationaler Interessen	136
IX.	Organisierte Angriffe auf das europäische Gemeinwohl: Lobbying in Brüssel	139
X.	Ohrfeigen für Europas politische Klasse: Aufstand der Bürger in Frankreich und den Niederlanden	146
XI.	Geldströme in Europa: Seismografen der Politik	154

B. SELBSTBEDIENUNG AUF EUROPÄISCH: PARTEIEN UND IHRE HILFSTRUPPEN

157

I.	Vorspiel	157
II.	Illegal und undurchschaubar: die Finanzierung von Parteibünden über die Straßburger Fraktionen	160
III.	Parteibünde: Die berechtigten Acht ,	162
IV	Ungerecht und außer Kontrolle: Wie Parteibünde mit Steuergeld gemästet werden sollen	164
	1. Von 4,6 auf 100 Millionen Euro	164
	2. So tun als ob: Europaparteien	165

3. Staatsquote von 100 Prozent	167
4. Parteien ohne Funktionen	167
5. Ungerecht und außer Kontrolle: Wie Parteibünde mit Steuergeld ernährt werden sollen	168
a) Sieben-Staaten-Klausel	168
b) Prohibitive Bedingungen	171
c) Closed shop: Der Ausschluss unliebsamer Konkurrenten	172
6. Ein gerechtes Modell ist möglich	174
7. Spenden	174
8. Unausgewogenes Festsetzungsverfahren	175
9. Zusammenfassung und Folgerungen: Ein unmögliches Gesetz	176
 V Die öffentliche Auseinandersetzung um die europäische Parteienfinanzierung	 177

C. EUROPABEAMTE IM SCHLARAFFENLAND

181

I. Brüsseler Kaste: Die üppige Besoldung von EU-Beamten	181
1. Grundgehalt	181
2. Zulagen	183
3. Vergleich mit deutschen Beamten und Amtsträgern	184
II. Die Brüsseler Steueroase	185
III. Krösus im Ruhestand	189
IV, Bezahlung und Versorgung der Mitglieder der Kommission, des Europäischen Gerichtshofs, des Gerichts erster Instanz und des Rechnungshofs	191
V Das europäische Insichgeschäft: Die Entscheidung über die Gehälter	192

D. EUROPÄISCHE GROSSVERDIENER: WER KONTROLLIERT DIE KONTROLLEURE?

195

I. Die Aufblähung der Kommission und des Gerichtshofs.	197
II. Der Europäische Rechnungshof: zu groß, träge und ineffektiv?	206
III. Der Europäische Zentralbankrat: völlig überdimensioniert?	209
IV. Der Europäische Gerichtshof— ein politisches Gericht: schwach legitimiert und ungleich besetzt	212
V. Die üppige Besoldung der Amtsträger.	219

E. DIE ALS-OB-VOLKS VERTRETER

229

I. Das Europäische Parlament: zersplittert, undemokratisch gewählt, aufgebläht	229
1. Vorbemerkung	229
2. Das angestrebte einheitliche Wahlverfahren — gründlich verfehlt: Der "Weg beständigen Versagens.	230
3. Der zersplitterte Ist-Zustand.	234
a) 25 unterschiedliche Wahlsysteme.	234
b) Parlamentssitze: zu viel und ungleich verteilt	237
<i>aa) Das Parlament wird größer und größer.</i>	<i>237</i>
<i>hh) Ungleiche Verteilung der Kontingente</i>	<i>241</i>
4. Sperrklaus ein.....	246
5. Ein einheitliches und gerechtes Wahlsystem für ein arbeitsfähiges Europäisches Parlament	248
II. Wahlen ohne Auswahl: Parteifunktionäre statt Volksvertreter in Brüssel	252

III. Demokratie spielen — ein europäisches Scheinparlament?	260
IV Ungewählte Repräsentanten: Elite der Nation? Oder: Hast du einen Opa, schick ihn nach Europa!	263
V. Ein System finanzieller Exzesse.	268
1. Überblick	268
2. Kostenerstattung I	269
a) 268 Euro Tagegeld ohne Tagung	269
b) Legalisierter Betrug: Die Abrechnung von Pseudoreisekosten erbringt bis zu 10 000 Euro im Monat	271
c) Kostenerstattung ohne Kosten: 3785-Euro-Monatspauschale	273
3. Kostenerstattung II: Aufforderung zur Korruption oder Scheinbeschäftigung von Mitarbeitern auf Kosten der Steuerzahler	276
a) Vetternwirtschaft in eigener Sache.	276
b) Steigerungsraten wie im Schlaraffenland	277
c) Qualifikation? Überflüssig!	278
d) Absicherung der Mitarbeiter — unsozial.	279
e) Ein System der Steuervermeidung.	280
f) Zweckentfremdung von Steuergeld — leicht gemacht	280
aa) <i>Öffentliche Parteienfinanzierung durch die Hintertür.</i>	281
bb) <i>Nepotismus; Ganze Familien auf der EU-Gehaltsliste.</i>	282
cc) <i>Verführung zur Untreue: Hinsatz von Mitarbeitern für private Zwecke.</i>	284
g) Flucht aus der Öffentlichkeit	284
h) Quintessenz: Einladung zur Selbstbedienung	285
4. Kostenerstattung III: Luxuskrankenversorgung	287
5. Illegale Doppel- und Dreifachversorgung— meist ohne jede Anrechnung	288
a) Anfechtbare Regelungen.	288
b) Heimatversorgung: Sinnvolle Unterschiede	289
c) Ergänzendes EU-Ruhegehalt für italienische und französische EU-Abgeordnete.	290
d) Zusätzliche EU-Altersversorgung	292
e) Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung.	294
f) Fortbestehen der Regelungen über das Jahr 2009 hinaus.	295

6. Das Entscheidungsverfahren: öffentlichkeitsscheu und rechtswidrig	295
a) Kontrolldefizit	295
b) Verstoß gegen Art. 190 Abs. 5 EG und das Demokratieprinzip (Art. 6 Abs. 1 EU-Vertrag).	298
c) Formen missbrauch: Verstoß gegen Art. 230 Abs. 2 EG.....	300
d) Verstoß gegen Wirtschaftlichkeitsgebot und Steuergerechtigkeit	301
 VI. Diener zweier Herren: Geschmierte Abgeordnete verkaufen ihre Unabhängigkeit	 303

F. REFORMVERSUCHE ZUM SCHLECHTEREN: DAS EUROPÄISCHE ABGEORDNETENSTATUT

309

I. Erfolgreiche Versuche seit 20 Jahren. Scheitern des Abgeordnetenstatuts auch Anfang 2004.	309
II. Einheitliches Heimatgehalt für Europaabgeordnete?	312
1. Die derzeitige Regelung	312
2. Der Geburtsfehler des Statuts: Gleiche Behandlung von Ungleichen	312
a) Sprengen des nationalen Gehaltsgefüges: ELJ-Parlamentarier mit dreifachem Ministerpräsidentengehalt	313
b) Gleicher Lohn für gleiche Arbeit?	315
c) Ein Parlament von 25 Völkern	316
d) 25 Wahlrechte	316
e) Kein Angleichungsgebot aus Art, 190 EGV.	317
f) Abgeordnete sind keine Beamten	317
g) Verkehrter Ansatz	318
 III, Dubiose Maßstäbe	 320
IV. Koppelung an Richterbezüge	323
V Luxusaltersversorgung	324

1. Überblick	324
2. Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung	325
3. Übergangsgeld	326
VI. Das Steuerprivileg	327
1. Die politische Sensibilität der Steuerfrage	327
2. Besteuerung der Entschädigung zum halben Satz	328
3. Niedrigbesteuerung von Zusatzeinkommen	328
VII. Mehrfachbezüge durch Nichtanrechnung	330
VIII. Fehlen notwendiger Einschränkungen im Statut	332
1. Kostenerstattung ohne Belege	332
2. Keine Vorkehrungen gegen Lobbygelder	334

G. DER POLITISCH-PUBLIZISTISCHE KAMPF UM DAS ABGEORDNETENSTATUT

335

I, Briefwechsel mit dem Kanzler	335
II. Einseitige Ermittlung: Unbequeme Daten werden ausgeblendet	337
III. Die Medien greifen das Thema auf	338
IV. Rothleys missglückte Verteidigung	340
V. Publizistische Breitseite der JBi/d-Zeitung	342
VI. Ein Fernsehmagazin auf Abwegen	344
VII. Der neuerliche Anlauf des Parlaments: Dilettantismus pur	345
VIII. Eine Erpressung und sieben Mogelpackungen	347
IX. Die Medien fangen richtig Feuer	349
X. Abgekartetes Spiel oder: Wie der Parlaments- verwaltung falsche Zahlen untergeschoben wurden ...	351
XL 68 Prozent mehr Rente	353

XII.	Die DifFamierungskampagne der Abgeordneten Lehne und Schulz	355
XIII.	Wer nicht überzeugen kann, stiftet Verwirrung.	359
XIV	Die Bundesregierung dreht bei oder: Wie der Coup zunächst verhindert wurde.	362
XV	Kritische Diskussion auch in Österreich und Schweden	365
XVI.	Es gibt noch Richter in Hamburg.	367
XVII.	Gewalten teilung in Gefahr.	371
XVIII.	Strafbarkeit wegen versuchten Prozessbetrugs und übler Nachrede, Schadensersatz	373
XIX.	Eine politische »Dolchstoßlegende«	375
XX.	Öffentliche Aufklärung über das Spesenunwesen	377
XXI.	Ein neuer Anlauf.	380
XXII.	Ein von Grund auf verkehrter Ansatz.	384
XXIII.	Eine Sackgasse und eine Zwickmühle.	388

SCHLUSS

391

ANMERKUNGEN

397

REGISTER

431